

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Maximilian Krauss, MA, Ing. Udo Guggenbichler, MSc und Veronika Matiassek betreffend „NEIN zur Atomkraft!“, eingebracht in der Spezialdebatte Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke im Rahmen der Rechnungsabschlussdebatte 2021 am 27. Juni 2022 zu Post 1

Frankreich, wo 50 Atomkraftwerke in Betrieb sind, Polen und sechs weitere osteuropäische Länder drängen die EU-Kommission, Atomstrom wie Erdgas als "nachhaltig" anzuerkennen. Frankreichs Präsident versucht neue Investoren für diese radioaktiv strahlend „grüne“ Energiewende zu gewinnen.

Die EU-Kommission, die sich mit dem geforderten Ende der Kohleverstromung energiepolitisch selbst ins Abseits manövriert hat, erkennt nun spät aber doch, dass Wind und Sonne nicht ausreichen werden, um Industrie und Bürger zu versorgen.

Dabei verkennt die EU-Kommission, dass Kernenergie nur so günstig hergestellt werden kann, weil man das Atommüllproblem ignoriert und Atomkraftwerke hochgradig unterversichert sind. Während der ‚EU Green Deal‘ die Mitgliedsstaaten in die Atomkraft drängt, kündigt Chinas Präsident Xi Jinping an, 200 neue Kohlekraftwerke zu bauen.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat Atom wie Erdgas kürzlich als "stabile", also zuverlässige Energiequellen bezeichnet, solange Europa seinen Strom nicht allein aus Wind, Sonne oder Wasserkraft erzeugen kann. Von diesem Ziel ist die EU noch weit entfernt. Aufgrund des Krieges in der Ukraine und der daraus entstandenen Sanktionspolitik hat sich die Situation verschärft und das russische Gas könnte knapp werden oder ganz ausfallen. In diesem Fall stehen vor allem Deutschland und Österreich harte Zeiten bevor. Immer mehr Politiker fordern, den eigentlich für das Jahresende 2022 geplanten Atomausstieg zu überdenken und treten für längere Laufzeiten für jene Kernkraftwerke ein, die noch am Netz sind. Friedrich Merz, der CDU-Partei- und Fraktionschef stößt in das gleiche Horn und bekräftigt: „Wir sollten keine Option liegen lassen“, und verweist auf Frankreich: „Wenn in Frankreich 50 Atomkraftwerke in Betrieb sind, können wir auch in Deutschland drei laufen lassen. Wenn es von der Politik gewollt wäre, wäre es auch machbar.“

Zuletzt sprachen sich auch in Österreich Vertreter dafür aus, das Tabuthema Atomkraft offen anzusprechen. So z.B. der oberösterreichische Industrielle Axel Greiner, Präsident der Industriellenvereinigung in Oberösterreich, der zum "Kurier" gesagt hat: "Es ist an der Zeit, auch Kernkraft wieder in Betracht zu ziehen." Greiner ist nicht der erste Industrielle, der im Zuge steigender Energiekosten dieses Tabuthema anspricht. Auch Porr-Chef Karl-Heinz Strauss sagte im Herbst in der "Presse", er halte es "für fahrlässig, dass wir uns nicht einer seriösen Diskussion in Sachen Atomenergie stellen".

Die Gefahren und Nachteile der Atomenergie sind evident und in Österreich herrscht in der Bevölkerung weitgehender Konsens, dass Atomenergie nicht aus- sondern abgebaut werden sollte. Weder in Österreich, noch in anderen EU-Ländern sollten daher neue Atomkraftwerke geschaffen werden, sondern bestehende durch alternative Energieformen ersetzt werden.

Atomenergie darf nicht als „nachhaltig“ oder „grün“ anerkannt werden.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g

Der Wiener Gemeinderat fordert die österreichische Bundesregierung auf,

1. sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass Atomkraft nicht als „nachhaltig“ oder „grün“ anerkannt wird.
2. sich klar und eindeutig gegen Atomkraft und Atomkraftwerke in Österreich und anderen EU-Ländern auszusprechen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages beantragt.

mon *[Signature]* *L. Biedl*
[Signature] *[Signature]*

